

## Budgetberatung.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1929.

I. Blatt.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Zur Verhandlung gelangen die Wirtschaftspläne für 1930 der städtischen Unternehmungen.

Vizebürgermeister Emmerling leitet die Verhandlungen mit einem eingehenden Bericht ein. Erführt aus, dass die Wirtschaftspläne auf Grund der Erfolge des laufenden Geschäftsjahres aufgestellt und auf dem Grundsatz der Selbstkostendeckung mit Ausnahme des städtischen Brauhauses und der Gewista aufgebaut werden. Die Gaswerke veranschlagen einen Abgang von 3.6 Millionen Schilling. Die Elektrizitätswerke einen solchen von 16.24 Millionen Schilling und die städtischen Strassenbahnen einen Abgang von 4.7 Millionen Schilling. Bei der Leichenbestattung wird ein Ueberschuss von 12.000 Schilling, beim Brauhaus ein solcher von 800.000 Schilling und bei der Gewista ein Ueberschuss von 120.000 Schilling veranschlagt. Die Verluste der Gas- und Elektrizitätswerke sollen durch Tarifmassnahmen gedeckt werden, der Abgang bei den städtischen Strassenbahnen wird vorgetragen. An Investitionen sind bei den städtischen Unternehmungen 57 Millionen Schilling vorgesehen. 19.88 Millionen Schilling sind bereits genehmigt und in Auftrag gegeben, so dass für das Jahr 1930 rund 37 Millionen Schilling für Investitionen verbleiben.

Die städtischen Gaswerke veranschlagen für 1930 eine Gaserzeugung von rund 336 Millionen Kubikmeter und die zum Verkauf kommende Gasmenge mit rund 297 Millionen Kubikmeter. Der Gasabsatz pro Kopf der Bevölkerung beträgt derzeit ungefähr 154 Kubikmeter pro Jahr und wird in Mitteleuropa von keiner Grosstadt übertroffen. Die Gaswerke wurden im laufenden Jahr den Forderungen des gestiegenen Gasabsatzes entsprechend weiter ausgestaltet. Zu erwähnen ist die Vergrößerung der Hochdruck-Gasgebläseanlagen im Werk Simmering, der Ausbau der Kammerofenanlage, der Kokslöschanlagen und der Kesselanlage im Werk Leopoldau, die Vergrößerung der Hochdruck-Gebläseanlage beim Gasbehälter Brigittenau, die Aufstellung des neuen Gasbehälters im Werk Leopoldau und die Erweiterung des Hauptrohrnetzes um 18.000 Meter. Für das Jahr 1930 sind umfassende Erneuerungen und Neuanschaffungen im Gesamtbetrag von rund 8.4 Millionen vorgesehen. Eine besondere Erwähnung verdienen die Bestrebungen der Wiener städtischen Gaswerke, die die Verminderung der Unfälle bei der Gasverwendung zum Zwecke haben. Es sind dies die fortgesetzte Aufklärung und Belehrung der Gasverbraucher, die seit 1928 eingeführte und im laufenden Jahr weiter ausgebaute unentgeltliche Untersuchung der Haushaltungsgeräte, die Geruchsverstärkung des Gases und seine Entgiftung. Bezüglich der Entgiftung des Gases sind die Laboratoriumsversuche ziemlich weit fortgeschritten.

Die städtischen Elektrizitätswerke rechnen für das Jahr 1930 mit einer Stromerzeugung und einem Strombezug von zusammen 615 Millionen Kilowattstunden. Davon sind 24 Prozent Wasserkraftstrom. Für das Jahr 1930 wird ein Stromverkauf von 430 Millionen Kilowattstunden erwartet. Der Lichtstromabsatz dürfte im nächsten Jahr 32 Prozent und der Kraftstromabsatz 68 Prozent betragen. Auch im laufenden Jahr haben die städtischen Elektrizitätswerke bedeutende Investitionen durchgeführt, für das kommende Jahr sind für 27 Millionen Schilling Investitionen vorgesehen. Vizebürgermeister Emmerling verweist auf die grossen Donauwasserkraftprojekte, die in der Umgebung Wiens vorgesehen sind, und erklärt in diesem Zusammenhang, dass schon aus volkswirtschaftlichen Gründen keineswegs dem aus Kohle erzeugten Strom der Vorzug gegeben werden wird, wenn eine Grosswasserkraftanlage bei der erforderlichen Sicherheit einen von den städtischen Elektrizitätswerken im Vergleich mit den Kosten von Dampfkraftstrom tragbaren Strompreis anbietet.

Die städtischen Strassenbahnen rechnen für das Jahr 1930 mit einer Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn von 620 Millionen Fahrgästen, gegenüber 650 Millionen Fahrgästen im Jahre 1928. Für den Kraftstellwagenbetrieb wird eine Frequenzziffer von 28.94 Millionen Fahrgästen veranschlagt. Die Fahrtleistung auf der Strassenbahn wird mit 136 Millionen Wagenkilometer veranschlagt, auf der Stadtbahn eine konstante und im Kraftstellwagenbetrieb eine Fahrtleistung von über vier Millionen Wagenkilometer. Bezüglich der Personalbezüge einschliesslich Dienstkleider und Personaleinkommensteuer weist der Voranschlag über 93 Millionen Schilling aus. Der Voranschlag der städtischen Strassenbahnen weist, wie schon erwähnt, 4.7 Millionen Schilling aus, wovon 4.1 Millionen Schilling auf die Strassenbahn und Stadtbahn und 596.000 Schilling auf den Kraftstellwagenbetrieb entfallen.

Fünf Investitionen und Inventaranschaffungen sind insgesamt 16 Millionen Schilling vorgesehen. Bezüglich des Rechtsfahrens führt Vizebürgermeister Emmerling aus, dass dadurch den städtischen Strassenbahnen eine ungeheure Arbeit auferlegt werden wird. So werden nicht weniger als 1440 Haltestellenänderungen notwendig sein. Umbauten bei 200 Bahnsteiginseln und Endstellen, 200 Wartehallen werden geändert werden müssen, ebenso 300 Stellhebel, 76 elektrische Weichenstellungen und 240 Umkehrwechsel mit 480 Weichen. Eine bedeutende Arbeit werden auch der Umbau der Oberleitung mit Doppeldraht im Ausmass von 100 Kilometer und von den Gleisbänderungen der Umbau der Gleisanlagen beim Zentralfriedhof erfordern.

Das städtische Brauhaus veranschlagt eine Erzeugung von 400.000 Hektoliter Bier. Für den Ausbau sind 1.3 Millionen Schilling vorgesehen. Bei der Leichenbestattung werden für 98.000 Schilling Anschaffungen vorgesehen. Die Gewista rechnet, wie schon erwähnt, mit einem Ueberschuss von 120.000 S. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Schelz (E.L.) führt aus, dass die passiven städtischen Unternehmungen schon längst den Ausgleich anmelden oder in Konkurs hätten gehen müssen, wenn sie nicht Monopolbetriebe wären. Es ist immer dasselbe: Wenn Sie einen Betrieb in die Hand bekommen, ist er in zwei bis drei Jahren ruiniert. Das finden wir bei der Steinag, bei der Obst- und Gemüse A.G., beim Rathauskeller, beim Arsenal, das Sie bis zum Ausverkauf verwäktschaftet haben. Die Gaswerke, die früher eines der ertragsreichsten Unternehmungen waren, haben heute einen Abgang von 3.6 Millionen Schilling. Die Elektrizitätswerke, die früher immer hochaktiv gewesen sind, haben ein Defizit von 17.3 Millionen Schilling. Auch die Strassenbahnen weisen, obwohl man bei der letzten Tarifierhöhung erklärt hat, dass jetzt das Defizit verschwinden werde, ein Defizit von 4.6 Millionen auf. GR. Schelz bespricht sodann die Verhältnisse bei den einzelnen Unternehmungen. Das Gas hat eine zu geringe Heizkraft, der Druck ist ungleichmässig; dagegen wird zu wenig getan. Der Redner stellt einen Antrag, die seinerzeitigen Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom voll valorisiert zurückzubezahlen oder bei dem Bezug von Gas und Strom zu verrechnen. In Besprechung der Elektrizitätswerke weist er darauf hin, dass nur ein Viertel des Strombedarfes durch Wasserkraft gedeckt wird und verlangt einen Ausbau der Wasserkraftwerke. Er führt sodann Beschwerde darüber, dass die Projekte, die dem Ausschuss vorgelegt werden nicht auch die jeweiligen Kosten vom Elektrizitätswerk namhaft gemacht werden, ferner beschwert er sich darüber, dass die Zählerableser seit ungefähr einem halben Jahre den abgelesenen Zählerstand nicht mehr auf das sogenannte Hausteferl schreiben. Bei der Strassenbahn ist seit der letzten Tarifierhöhung nichts zur Verbesserung des Verkehrs geschehen. Die Frequenzziffer wird von 138 Millionen Wagenkilometer auf 134 Kilometer erniedrigt, das heisst, man will in diesem Jahre weniger Wagen rollen lassen. Der Redner verlangt weiters eine Verlängerung der Strecke der 61. er Linie und bemängelt beim Autobusverkehr, dass das Umsteigen zu teuer ist und dass die Autobusse zu spät mit der Fahr beginnen. Er bezeichnet es als einen gänzlich unzulässigen Vorgang und als eine Protektion sondergleichen, dass ein Gaskassier, natürlich ein patentierter Sozialdemokrat der schon ein/mal mit schwerem Kerker bestraft war

trotzdem wieder verwendet wurde, bis er wieder rückfällig geworden ist. Er führt schliesslich Beschwerde über die Bevorzugung sozialdemokratischer Unternehmungsangestellter, indem er darauf hinweist, dass zum Beispiel auf dem Brigittenauer Bahnhof 180 Sozialdemokraten/in eine höhere Klasse überreicht wurden, <sup>und nur 4 Christlichsoziale</sup> Dass muss untersucht und darüber Bericht erstattet werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Lehninger (E.L.) bemerkt, der Strassenbahnverkehr sei auf einen Tiefstand angelangt wie noch nie. Vor 20 Jahren waren keine so langen Intervalle wie heute. Die Linien A und B haben das kürzeste Intervall aber auch das beträgt 3 einhalb Minuten und in den Abendsstunden sogar 8 Minuten. Es wird soviel von der Intensivierung des Betriebs gesprochen. Aber gleichzeitig mit der Intensivierung werden die Intervalle verlängert und der Verkehr verschlechtert. Die <sup>Post</sup> "allgemeine Unkosten" bei den Strassenbahnen steigt von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1929 betrug sie 16 Millionen, im Jahre 1930 ist sie mit 20 eingesetzt. So hohe Posten müssten, wenn sie nicht eine Augenauswischerei sein sollen, detailliert werden. An ein Defizit bei den Strassenbahnen können wir nicht glauben, solange man sich für Fürsorgezwecke von der Unternehmung Geld bezahlen lasse. Das seinerzeit von Vizebgm. Emmerling und Direktor Spängler gegebene Versprechen, dass im Jahre 1929 alle Strassenbahnwagen verglast werden, ist nur zu einem kleinen Teil erfüllt worden, und <sup>so eine</sup> verglaste Plattform schaut wie ein Olmützer Quargelsturz aus. Die Ueberfüllung der Strassenbahnen ist schon zu einer Schande geworden. Es ist ein System des Sammelverkehrs, indem man mit möglichst wenig Personal und mit möglichst wenig Wagen möglichst viel Menschen befördert. Fast täglich gibt es Strassenbahnunfälle. Wenn man bedenkt dass man im Frieden, wo der Durchschnittsfahrpreis 20 Heller war mit einer Strassenbahnfahrkarte 5 Strassenbahnfahrkarten machen konnte, während heute 5 Fahrten 1'60 Schilling kosten, so ergibt das, dass die Strassenbahnfahrpreise bereits übervalorisiert sind. In Berlin fährt man mit erstklassigen Wagen billiger in Paris kostet ein Fahrschein in der ersten Klasse 26 einhalb Groschen, in der zweiten Klasse 17 einhalb Groschen. Ausserdem gibt es dort keine Ueberfüllung und nur Intervalle von 1 oder 2 Minuten. Der Redner kritisiert, dass das Strassenbahnnetz bisher im ganzen um neun Kilometer ausgebaut wurde. Das ist eine lächerliche Ausgestaltung. Wenn nicht die frühere Verwaltung für den Ausbau der Strassenbahn vorgesorgt hätte, würde die Bevölkerung jetzt schön ausschauen. Die Erneuerung der Geleise lässt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Es gibt viele ausgefahrene Schienen, deren Folge eine mangelhafte Brennsicherheit der Wagen ist. Seit 1904 werden in Bezug auf die Brennvorrichtung

keine Neuerungen eingeführt, während andere Städte fortwährend bemüht sind, sie zu modernisieren. Die Kontrolle der Wagenbremse ist eine mangelhafte, da das Personal überlastet ist. Das geht alles auf Kosten der Sicherheit des fahrenden Publikums. Der Redner erklärt, <sup>das</sup> das Personalressort bei den städtischen Strassenbahnen parteipolitisch verwaltet wird. Der neue Kollektivvertrag brachte für das Personal die schwersten Belastungen. Die Strassenbahner wären jetzt froh, unter der alten Aera dienen zu können. Bei der Einreihung des Personals in die Gruppe Ia wird rein parteipolitisch vorgegangen, das gleiche gilt für die Disziplinarkommission, deren gründliche Reform notwendig ist. Die Verhandlungen mit den Unterbeamten dauern schon vierzehn Monate, da Sie sich weigern, sie ins Schema einzureihen. Pflicht der Gemeindeverwaltung wäre es auch, das Pensionsinstitut zu sanieren. Dieses hat im Jahre 1926 einen Ueberschuss von eininhalb Millionen Schilling, 1927 einen Ueberschuss von 67.000 Schilling, aber im Jahre 1928 schon eine Million Defizit. Es wäre hoch an der Zeit, die Personalverwaltung zu entpolitisieren und einen Verkehr zu schaffen, der einer Grosstadt würdig ist. (Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) kritisiert, dass heute im Gegensatz zu früher die Direktoren der städtischen Unternehmungen vom Rathaus vollständig abhängig sind. Dieses System ist auch die Ursache der Defizite. Im Budget der Strassenbahnen sind einige Posten, die niemand anerkennen kann. Professor Tandler gibt z.B. den Arbeitslosen die Arbeitslosenfahrscheine und die Strassenbahn muss sie zahlen, obwohl ihre Bezahlung aus Fürsorgemitteln bestritten werden müsste. Die Klagen über die Strassenbahn sind berechtigt, die Zahl der Unfälle steigt kolossal, was zu einer gewissen Beunruhigung in der Bevölkerung führt. Ueber die Unfälle und ihre Ursachen wird nirgends berichtet. Der Autobusbetrieb gibt zu vielen Beschwerden Anlass. Die Strassenbahn hat gegen unseren Protest eine Schleife bei der Schuhmanngasse - Severingasse angelegt, die gänzlich verfehlt ist, gar nicht benützt wird, so dass zwischen den Schienen Gras wächst.

Redner beschwert sich dann über den Verkehr zum Zentralfriedhof und über die Art der Reklame in den Strassenbahnwagen, durch die die Fenster verklebt werden, so dass den Bahrgästen jede Aussicht genommen wird. Er erklärt, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider keine Hoffnung auf Besserung in der Führung der städtischen Unternehmungen bestehe. (Beifall).

GR. Zimmerl (E.L.) bemängelt, dass dem Gemeinderat nicht gesagt wird, aus welchen Mitteln die Investitionen der städtischen Unternehmungen bestritten werden. Nach den Voranschlägen soll dies zum Teil aus Bankkrediten, zum Teil aus den durch Abschreibungsbeträgen verfügbaren Mitteln und aus den Kassenbeständen erfolgen. Die Kassenbestände und Bankkredite sind aber sehr gering. Bis Ende 1927 wurden in den Bilanzen noch Abschreibungsbeträge ausgewiesen. Jetzt aber existiert gar kein Abschreibungskonto und trotzdem werden auf dieses Konto Investitionen gebucht. Wie dies möglich ist, müsste doch dem Gemeinderat mitgeteilt werden. Es ist auch selbstverständlich, dass jede Änderung der Bedeckungsvorschläge dem Gemeinderat vorzulegen ist. Aus allen diesen Gründen halten wir die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen nicht für verhandlungsfähig und beantragen die Vertagung. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass es sich hier um Bedeckungsfragen rein formaler Natur handelt. Dem Abgang bei der Strassenbahn stehen Wertabschreibungen gegenüber und beim Gas- und Elektrizitätswerk werden der heutigen Sitzung Bedeckungsanträge über den Abgang vorgelegt.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

GR. Pfeiffer (E.L.) bezeichnet die Erwiderung des Vizebürgermeisters auf die Ausführungen des GR. Zimmerl als lendenlahm. Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Wertabschreibungen sind in Wirklichkeit nichts als Bilanzierungsposten, an den Maaren herbeigezogene Ziffern, die keinerlei sachliche Begründung haben. Was die städtischen Unternehmungen betrifft, hätten wir gewünscht, hier **einen neuen Zug zu sehen**. Statt dessen bleibt man bei der Schablone. Die Unternehmungen sind durch zwei Tatsachen gekennzeichnet durch ihren Monopolcharakter und durch den absoluten Mangel eines Verständnisses für die Bedürfnisse der Bevölkerung, obwohl sie, gerade weil sie Monopolunternehmungen sind, nicht kapitalistisch, sondern zum Wohle der Bevölkerung geführt werden müssten. **Was insbesondere die Strassenbahnen anbelangt**, so hat der Autobusverkehr keine Erleichterung gebracht, er hat lediglich den einen Zweck erfüllt, dass er zu einer vernichtenden Konkurrenz für die Autotaxi geworden ist. Der Redner verweist sodann auf die starke Belastung der Unternehmungen durch Fürsorgemaßnahmen, insbesondere mit der Fürsorgeabgabe und bemängelt es, dass nicht angegeben wird, zu welchem Preis die Elektrizitätswerke den Strom an die Strassenbahn abgeben. Die Ankündigung des Vizebürgermeisters, dass mit einem Rückgang der Beförderungsziffer bei der Strassenbahn zu rechnen ist, legt die Vermutung nahe, dass man an eine neuerliche Tarifierhöhung denkt und dazu einen Abgang und einen Frequenzrückgang braucht. GR. Pfeiffer stellt auch

aus, dass Wartehäuschen bei der Strassenbahn fast vollständig fehlen und verlangt, dass bei der Kreuzgasse eine Umsteigmöglichkeit vom F Wagen auf die 9er Linie dadurch gegeben werden soll, dass der Auftrag erteilt wird, dass der 9er Wagen nicht immer vor der Ankunft des F Wagen wegfährt. Mit Genugtuung muss festgestellt werden, dass das parteipolitische Gehaben der Strassenbahnangestellten in den letzten Jahren eine gewisse Milderung erfahren hat, dass insbesondere Strassenbahnangestellte nicht mehr Parteiabzeichen im Dienste tragen und dass die Strassenbahnremisen an gewissen sozialdemokratischen Feiertagen nicht mehr mit parteipolitischen Farben und Emblemen geschmückt sind. Allerdings war dies heuer bei der Remise in der Kreuzgasse der Fall, wo trotz des Versprechens der Direktion der parteipolitische Schmutz nicht entfernt wurde. GR. Pfeiffer beschäftigt sich sodann mit der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse in der Stadt und verweist darauf, dass es an Strassen, über die im Westen und Nordwesten gelegenen Gebirge fast vollständig fehlt. Von der Gemeindeverwaltung müsste alles getan werden, um diese Gebiete zu erschliessen, namentlich müsste der Frage der Errichtung einer nach dem Westen führenden Schnellbahn, beziehungsweise einer Untergrundbahn näher getreten werden. Sollte eine Untergrundbahn, bei uns wegen der Bodenverhältnisse nicht möglich sein, müsste in anderer Art, vielleicht durch Errichtung einer Hochbahn die Verkehrsfrage gelöst werden. Er stellt schliesslich den Antrag, unter Beiziehung von Fachleuten einen Unterausschuss des Gemeinderatsausschusses VIII zu bilden und ihn mit der Aufgabe zu betrauen, die Vorarbeiten für die Schaffung einer Wiener Untergrundbahn zu leisten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Ullreich (E.L.) erinnert daran, dass anlässlich der letzten Tarif-erhöhung gewisse Verbesserungen im Strassenbahnverkehr z.B. eine Abkürzung der Reisezeit in Aussicht gestellt wurden. Tatsächlich ist aber der Verkehr genau so schlecht geblieben, wie er war. Er beklagt sich auch darüber, dass die hinsichtlich einzelner Linien gegebenen Anregungen und Wünsche nicht berücksichtigt werden. Der Autobusverkehr bedeutet keine Ergänzung oder Erweiterung des Strassenbahnverkehrs. Der Verkehr ist schneller, aber die Wartezeiten länger. Auch wird der Betrieb zu früh geschlossen und das Umsteigen auf die Strassenbahn und umgekehrt ist zu teuer. Für die Erweiterung des Strassenbahnnetzes geschieht nichts. Die Führung und Verwaltung der Strassenbahn lässt sehr viel zu wünschen übrig. Der Redner stellt schliesslich die Anträge, die Strassenbahnlinie C vom Johann Nepomuk Platz zur Endstation Schottenhof in der Ottakringerstrasse weiter zu führen und ebenso die Strassenbahnlinie 10 bis in die Ottakringerstrasse Endstation Schottenhof weiter zu führen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert Vizebgm. Emmerling zunächst auf die Ausführungen der einzelnen Redner. Er erklärt, dass in der letzten Zeit eine Reihe von Betriebsverbesserungen bei der Strassenbahn durchgeführt wurden. So wurden bei den Linien E2, G2, J2, 132, 137, 165, 160 Betriebsverlängerungen vorgenommen, die Linie L wird nunmehr mit drei Wagen geführt und so weiter. Auf die Behauptung, dass bei den städtischen Strassenbahnen keine Investitionen vorgenommen werden erwidert der Referent, dass von 1903 bis 1914 rund 91 Millionen Schilling investiert wurden. Die Investitionen in den Jahren 1920 bis 1929 machen über hundert Millionen Schilling aus, wobei jedoch in diesem Betrag die Kosten Erneuerungen nicht enthalten sind. Auf die Anfrage, ob eine Tarifierhöhung bei den Strassenbahnen in Aussicht genommen sei, erwidert Vizebgm. Emmerling, dass keine Erhöhung der Tarife eintreten werde, wenn nicht Veränderungen in den Einnahmen und Ausgaben sich ergeben. Er tritt auch der Behauptung entgegen, dass durch den Autobusbetrieb den Autotaxis Fahrgäste entzogen wurden.

Das städtische Brauhaus ist der einzige österreichische Brauereibetrieb, der seine Gerste nur im Inland kauft. Die Behauptung, dass im Ausland Gerste gekauft wird, ist also unrichtig. (Beifall bei der Mehrheit),

Es wird nun abgestimmt über die Anträge der Minderheit zu dieser Verwaltungsgruppe. Die Anträge des GR. Dr. Hengl auf Verlängerung der Linie 34 bis zur Grinzinger Allee, auf <sup>sigung</sup> bei /der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf und Einführung ermässiger Fahrkarten für direkte Fahrten auf den Radiallinien der Strassenbahn zu den Kopfstationen am Ring und Kai werden abgelehnt. Der Antrag Dr. Hengl an Sonn- und Feiertagen die Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf bis zur Stadtbahnstation Nussdorferstrasse zu führen, wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Der Antrag des GR. Schelz auf Zurückzahlung der Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom wird abgelehnt, ebenso ein Antrag des GR. Pfeiffer auf Vorarbeiten zur Schaffung einer Untergrundbahn. Ein Antrag des GR. Ulreich auf Verlängerung der C Linie bis zum Schottenhof und der Linie 10 bis zur Ottakringerstrasse wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden unverändert von der Mehrheit angenommen.

ST. R. Breitner leitet sodann die Beratung des Kapitels Bilanz und Bedeckung ein. Er verweist darauf, dass trotz des ausgewiesenen Defizites keine Steuererhöhungen beansprucht werden, ja dass im Gegenteil Steuerermässigungen vom Jänner 1930 an erfolgen. Wenn auch die Aussichten auf eine günstigere Wirtschaftslage nicht besonders günstig sind, so wollen wir doch hoffen, dass

eine Besserung eintritt. Es wird versucht werden, den Gebarungsabgang zum Verschwinden zu bringen. So wie in den früheren Jahren soll das Defizit auf die Kassenbestände und Guthabungen verwiesen werden. (Beifall).

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt dazu, dass der Voranschlag ein Defizit von 46 Millionen Schilling ausweist. Der Finanzreferent irrt aber, wenn er meint, dass auch in den Vorjahren dieses Defizit auf Guthabungen verwiesen wurde. Ein solcher Vorgang ist ganz unzulässig. Es wird allerdings nicht dazu kommen, weil wir alle, einschliesslich des Finanzreferenten, nicht an diesen Abgang glauben. Ueber eine Bilanz, die unglaubwürdig ist, halten wir jede Diskussion für zwecklos.

Ueber den Voranschlag haben ausser dem Bürgermeister nur Redner der Minderheit gesprochen. Der Bürgermeister hat aber nur seine Visitenkarte abgegeben und war während der ganzen Beratung nur sehr selten zu sehen. Der Finanzreferent hat in seinem Schlusswort auf unsere begründeten Vorwürfe nicht erwidert und jede Sachlichkeit vermissen lassen. Wenn er behauptet, dass die tausend Millionen Schilling, die die Gemeinde der Wirtschaft entzogen hat, wieder der Wirtschaft zufließen, so ist das ein Trugschluss. Diese Riesensumme ist der Wirtschaft entzogen, da die Wohnbauten und Grundstücke keinen Ertrag bringen. Um diese tausend Millionen, um die sich die Gemeinde bereichert hat, ist die Wirtschaft ärmer geworden. Viele Anfragen der Minderheit wurden von den Stadträten nicht beantwortet. (GR. Rummelhardt: Sie sind eben mit Ihrem Latein zu Ende!) Sowohl der Bürgermeister als auch St. R. Breitner haben die Verständigung gepredigt. Sie haben aber alle unsere Anträge abgelehnt, beziehungsweise der geschäftsordnungsmässige Behandlung zugewiesen. Während meiner zehnjährigen Tätigkeit als Gemeinderat habe ich es noch niemals erlebt, dass ein geschäftsordnungsmässiger Antrag jemals das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätte. Wir haben lauter Anträge gestellt, die sorgfältig durchberaten und sachlich gut fundiert waren.

Darunter war zum Beispiel ein Antrag auf Abschaffung der Wasserkraftabgabe, die das Budgetergebnis in keiner Weise tangiert, einer Abgabe die zu Unrecht eingehoben wird, und deren Aufhebung St. R. Breitner selbst in Aussicht gestellt hat. Oder wir haben zur weiteren Belebung des Fremdenverkehrs Anträge bezüglich der ~~den~~ den Fremdenverkehr hindernden Steuern gestellt. Weiters einen Antrag auf Schaffung einer Wohnschatzungs- und Steuerkommission. St. R. Kunschakt hat beantragt, dass die beschlossenen Steuerermässigungen ein Jahr lang und nicht wie Sie es wollen nur vier Monate aufrecht bleiben sollen. Nichts von alledem wurde beschlossen. Wohl aber hat der Bürgermeister erklärt, dass das System Breitner aufrecht bleiben, dass die städtischen Wohnhausbauten weiterhin aus Steuergeldern gebaut werden sollen, dass sich also das Gemeindevermögen in einer Zeit drückender Wirtschaftsnot um weitere Hunderte Millionen Schilling vermehren soll. Zudem schlie-



gen Sie eine Erhöhung der Gas- und der Strompreise vor und nehmen auch eine Erhöhung des Strassenbahntarifes in Aussicht. Auch die Garantie für die Russlandgeschäfte wollen Sie nicht mehr verlängern. Hoffen Sie so die Wirtschaft zu beleben, wenn Sie an diesem System festhalten, wird dies nicht möglich sein. St. R. Kunschak hat am Eingang der Debatte verlangt, es möge reiner Tisch gemacht werden. Wir können am Schluss der Budgetdebatte nur konstatieren, dass ja auf dem Tischtuch viel mehr rote Flecken sind als vor der Beratung. Wir wundern uns, dass sich die Bevölkerung Wiens das gefallen lässt. Wir werden den Kampf gegen die Bolschewikenherrschaft in der Wiener Gemeindeverwaltung weiterführen, wir lehnen Bilanz und Bedeckung ab. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E. L.)

St. R. Breitner erklärt zunächst, die heuer gewählte Bedeckungsformel terscheide sich, wohl von der der vergangenen Jahre, es sei dies aber etwas rein In der Budgetdebatte wurde Aeusserliches. an dem System unserer Verwaltung Kritik geübt.

Es ist das Recht und die Pflicht der Minderheit zu kritisieren, wenn sich die Kritik in objektiver Weise vollzieht. Und eine wirklich sachliche Kritik ist auch niemals hier unachtet geblieben. Auf die Anträge wegen Steuerermässigungen konnten wir nicht eingehen, da wir ja erst kurz vorher Steuerer-

leichterungen beschlossen haben. Die Auffassung, die sich gegen die Aufführung von Bauten durch die Gemeinde wendet, fasst den Begriff der Wirtschaft zu eng, indem sie nur die Privatwirtschaft im Auge hat. Und ebenso trifft die Auffassung, dass der Ertrag der Masstab der Wirtschaft zu sein habe, nur für die Privatwirtschaft zu. Die öffentliche Verwaltung unterscheidet sich gerade grundsätzlich von der Privatwirtschaft. Die Ansicht, ein Grossteil unseres volkswirtschaftlichen Kapitals sei verloren gegangen, weil aus den Häusern die Zinse der Vorkriegszeit nicht herausgewirtschaftet werden können, hält einer strengen Betrachtung nicht stand. Denn dann würde es ja unendlich leicht sein, unser Volksvermögen zu verdoppeln, man würde einfach nur die Friedenszinse verdoppeln müssen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Der Voranschlag wird gewiss in mancher Beziehung das Wohlgefallen der Minderheit nicht finden können, weil wir ja ebenso wie Sie die Wirtschaft im Sinne jener Kreise geführt haben, die Sie beauftragt haben, wir sie im Interesse jener Kreise führen müssen, die uns beauftragt haben (Lebhafter Beifall und Händeklatschen). Wenn wir auch Wert darauf legen, mit der Minderheit in gutem Einvernehmen zu bleiben, werden wir in diesen grundlegenden Fragen ihr Wohlgefallen nicht finden können. Wir glauben von dem Voranschlag, dass er die Wirtschaft nicht schwächen, sondern dass er ihr im Gegenteil eine Fülle von Beschäftigung geben wird. Wir wünschen, dass das kommende Jahr, für den der Voranschlag aufgestellt ist, ein Jahr sein möge, in dem sich nicht die Gegensätze sich zuspitzen, sondern indem der Gedanke des Zusammenwirkens und der Verständigung sieghaft bleibt (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Bei der Abstimmung wird "Bilanz und Bedeckung" angenommen.

Damit ist die Beratung des Voranschlags beendet.

Bürgermeister Seitz dankt nun unter dem Beifall des Gemeinderates dem Finanzreferenten Breitner und den übrigen amtsführenden Stadträten, dem Beamten, die an der Zusammenstellung des Budgets und an den Budgetberatungen teilgenommen haben, vor allem, dem Magistratsdirektor Dr. Hartl, dem Kontrollamtsdirektor Müllner, dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsamtsdirektor Knobloch, der Rathauskorrespondenz, dem Stenographenbüro und der Presse.

Der Gemeinderat erledigt nun ohne Debatte einige kleinere Geschäftsstücke. Sodann berichtet Vázebgm. Emmerling über die Wiedereinführung der Zählermieten für Gas und elektrisches Licht und die Erhöhung des Strompreises.

Er führt aus, dass der derzeitige Gaspreis von 1,9 Groschen für den Kubikmeter seit dem Jahre 1923 in Geltung ist. Seither haben die Personalkosten eine Steigerung um etwa 150 Prozent, die Kosten der Unternehmerleistungen für die Gaswerke eine verhältnismässige Erhöhung um ungefähr 85 Prozent erfahren, die Kohlenfrachtsätze und Nebengebühren der Bundesbahnen sind um ungefähr 26 Prozent gestiegen, die Warenumsatzsteuer wurde verdoppelt. Für das kommende Jahr ist mit bedeutenden Mehrbelastungen zu rechnen: Sie betragen bei den Personalauslagen 1,025.000 Schilling, bei der Steuer 500.000 Schilling, bei der Tilgung von Passivzinsen 400.000 Schilling, Frachtverteuerung 350.000 Schilling, Instandhaltung der Betriebsanlagen 800.000 Schilling. Ein Mindererlös bei den Aktivzinsen tritt um 600.000 Schilling ein. Die Mehrbelastung beträgt zunächst 3'67 Millionen Schilling, die Gaswerke werden daher im Geschäftsjahr 1930 mit einem Gebarungsabgang von rund 3'67 Millionen Schilling abschliessen. Zur Deckung dieses Abganges wären zwei Wege möglich, entweder eine Erhöhung des Gaspreises oder die Wiedereinführung der früher bestandenen Gasmessermieten, die im Jahre 1921 eingestellt wurden. Eine Erhöhung des Gaspreises um einen Groschen deckt den Abgang nicht. Bei einer Erhöhung des Gaspreises um zwei Groschen würden die kleineren Haushalte, die 30 bis 32 Kubikmeter im Monat verbrauchen, eine Mehrbelastung erfahren. Wir haben deshalb zur Grundgebühr gegriffen, die für den kleinsten Gasmesser mit 50 Groschen monatlich vorgeschlagen wird und für die grösseren Typen entsprechend ansteigt. Bei den städtischen Elektrizitätswerken hat der Rechnungsabschluss für das Jahr 1928 einen Gebarungsabgang von 5'7 Millionen Schilling ergeben und für das Jahr 1929 ist ein Abgang von ungefähr 12'4 Millionen zu erwarten. Die Personalkosten einschliesslich der sozialen Fürsorge und der Ruhebezüge sind/um 12'7 Millionen Schilling gestiegen. Die Auslagen für Betriebsmaterialien um 4'3 Millionen Schilling, die Kosten für die Erhaltung der Gebäude und so weiter um 1'7 Millionen; die allgemeinen Unkosten werden im Jahr 1930 um 20'16 Millionen Schilling mehr als im Jahr 1924 betragen. Die Ursache dieser Steigerung ist hauptsächlich auf die geänderte, unerwartete Höhe Bemessung der Körperschaftssteuer, die um 4'08 Millionen Schilling höher ist als im Jahre 1924 und auf die um 11'7 Millionen Schilling gestiegenen Passivzinsen zurückzuführen. Es müssen deshalb auch hier Bedeckungsvorschläge erstattet werden. Leider genügt hier die Wiedereinführung der Zählermiete allein nicht und wir beantragen auch eine Erhöhung des Kraftstrompreises um 0'2 Groschen von 2'5 auf 2'7 Groschen und des Lichtstrompreises von 5'2 Groschen auf 5'7 Groschen für die Hektowattstunde. Die Zählermiete für den Normalzähler, das ist der grösste Teil aller Anlagen, wird mit 60 Groschen monatlich vorgeschlagen. Durch die Wiedereinführung der Zählermieten wird eine Mehreinnahme von 10'2 Millionen Schilling erreicht, das restliche Defizit wird durch die Strompreis-erhöhung bedeckt.

Bürgermeister Seitz bricht um 22'30 die Verhandlung ab. Morgen um 16 Uhr tagt der Wiener Landtag, anschliessend daran wird der Gemeinderat die Debatte über das Referat Emmerling abführen.